

Konsens und Kontroverse

Klaus Ahlheim/Johannes Schillo (Hrsg.), Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung. Hannover (Offizin) 2012, 187 S., 13,80 €.

Dieses Buch habe ich – trotz allem – gern gelesen. Es lässt einen nicht ruhig, es zwingt zur Auseinandersetzung. Der Didaktik politischer Bildung tut es gut, wenn es Kontroversen gibt, über die zu sprechen lohnt. Auch wenn man glaubt, ein Grundkonsens wäre für sie förderlich, ist es nützlich, sich durch eine solche Schrift zu vergewissern, ob der Kurs, den man didaktisch verfolgt, Bestand hat oder korrigiert werden sollte. Und hier bietet der Band zum Teil schon Herausforderungen, die das Selbstverständnis der didaktischen Gemeinde erschüttern könnten, würde man sich die Thesen zu eigen machen. Und manchmal habe ich mich bei der Lektüre gefragt, ob man nicht den Beu-

telsbacher Konsens erfinden müsste, wenn es ihn nicht schon gäbe.

Bevor ich auf die Einzelbeiträge eingehe, ein Wort zum Titel. Ich nehme an, er soll provozieren: Hier die Aufgeklärten (zu denen natürlich die Autoren gehören) – dort die Formierten. Ist das nötig? So besteht die Gefahr, dass alte ‚Schlachten‘ wieder ohne jeden Nutzen neu geschlagen werden. Wem möchte man wirklich unterstellen, er betreibe politische Bildung ohne aufklärerische Absicht? Kant ist gottlob Allgemeingut wie das Ziel ‚Mündigkeit‘, das ja auch durch den ersten Beutelsbacher Grundsatz unterstrichen wird. Auch habe ich etwas gegen den sich mehr und mehr einschleichenden Begriff ‚Formierung‘. Was soll das sein? Weder als früherer Politiklehrer noch als Leiter der Landeszentrale habe ich mich je als ‚politisch formiert‘ angesehen und mich auch nicht entsprechend verhalten. Meistens habe ich mich mit vielen andern freier gefühlt als mancher, der unter nicht einfachen Bedingungen politische Bildung im Bereich der freien Träger betrieb. Sprechen wir doch zutreffender von ‚politischer Bildung im öffentlichen Auftrag‘ bzw. in ‚freier Trägerschaft‘.

Es geht um Beutelsbach

Der erste Beitrag von *Jürgen Eierdanz* über die Geschichte politischer Bildung rüttelt einen gleich gewaltig auf. Die Geschichte wird durch eine tiefrote Brille gesehen. Das ist ja das gute Recht des Autors, aber es geht an der Realität vorbei, wenn z.B. die heutige Politikdidaktik als ein Beitrag zur Entpolitisierung charakterisiert wird. Unter solchen Verzerrungen leidet der gesamte Beitrag. Verständlich, dass sich *Eierdanz* kritisch mit Friedrich Oetinger beschäftigt, aber er macht es sich ein wenig zu leicht und geht überhaupt nicht auf den Mitbegründer des Pragmatismus, John Dewey, und seinen großen Einfluss auch auf die politische Bildung im Nachkriegsdeutschland ein. Die gesamte Bildungsgeschichte wird einseitig gezeichnet. Bestehen kann in den Augen des Autors fast nur Rolf Schmiederer, gewiss ein wichtiger Didaktiker, der übrigens auch in Beutelsbach dabei war, aber doch kein Evangelist! Wenn man so eng ans Thema herangeht, kommt man natürlich leicht zum – überhaupt nicht zutreffenden – Urteil, Kritikfähigkeit gehöre nicht mehr zu den Leitzielen politischer Bildung. Hätte der Autor recht, könnte man sie insgesamt einsalzen.

Auch *Alexander Lahner* hat bei seinem Aufsatz nur zwei Farben zur Verfügung: Schwarz und Weiß. Er beschäftigt sich mit politischer Jugendbildung und stellt fest, dass Aufklärung keine Rolle spiele. Nützlichkeitsabwägungen stünden eindeutig im Vordergrund. Der Autor weist ja zu Recht auf die Gefahren hin, politische Bildung könnte vor allem als Wachstums- und Standortfaktor begriffen werden, aber ich kenne aus eigener Erfahrung außerschulische politische Bildungsarbeit, wo der auf Mündigkeit zielende Aspekt im Zentrum der Bemühungen stand und steht. Dem

Beitrag hätte es auch gut getan, wenn praktische Beispiele herangezogen worden wären.

Dirk Lange beschäftigt sich mit Beutelsbach und dem Bürgerbewusstsein. Ausführlich stellt er dar, welche Bedeutung das Bürgerbewusstsein hat und welche Dimensionen es aufweist. Er betont, dass der Konsens erheblich zur Professionalisierung der politischen Bildung beigetragen habe. Allerdings habe der dritte Grundsatz der Partizipationsbefähigung eine zu geringe Rolle gespielt. Hier kann ich dem Autor zustimmen. In der bisherigen Diskussion um den Konsens stand das Kontroversitätsgebot im Vordergrund. Es wäre interessant herauszufinden, warum das so ist. Den Beutelsbacher Konsens gibt es aber nur im ‚Dreierpack‘. Politische Bildung muss immer auch die Befähigung zum aktiven Mitmachen im Auge haben. Allerdings widerspreche ich *Lange*, wenn er konstatiert, dass die außerschulische politische Bildung die ‚eigentliche Schule der Demokratie‘ sei. Das wäre ein Elend, weil die außerschulische Szene leider nur eine marginale Rolle spielt. Auch kann politische Bildung in der Schule so lebendig gestaltet werden, dass sie den Vergleich mit außerschulischen Angeboten besteht.

Mit besonderem Interesse habe ich gelesen, was *Klaus Ahlheim* zu Wirkung und Grenzen des Beutelsbacher Konsenses zu sagen hat. Es ist ja nicht das erste Mal, dass er sich zu diesem Thema äußert. Ich weiß auch, dass er dabei immer ein bisschen Bauchweh hat. Gut, dass ich noch lebe. So kann ich einer Legendenbildung um die Entstehung des Konsenses entgegentreten. Was *Ahlheim* mit ‚heimlicher Überwältigung‘ andeutet, ist schon ein ‚dicker Hund‘. Ich war 1976 davon überzeugt, dass ein Grundkonsens in der politischen Bildung dringend notwendig sei, weil auf



dem Rücken von Schülerinnen und Schülern ‚politische Schlachten‘ geschlagen wurden. Diese Situation hat mich zur Einladung nach Beutelsbach veranlasst. Nach gründlichen Beratungen mit Herbert Schneider habe ich Vertreter aller relevanten Positionen eingeladen (von Schmiederer bis Hornung). Vor der Tagung habe ich Hans-Georg Wehling gebeten, mögliche Konsenspunkte der Diskussion zu notieren. Das ist ihm meisterhaft gelungen. Sein ‚Tagungsprotokoll‘ ist zum ‚Beutelsbacher Konsens‘ geworden.

Ja, es gab darüber keine Abstimmung. Es hat sich aber auch nie einer der Beteiligten distanziert bzw. vom Konsens verabschiedet. Die enorme Wirkung dieser Vereinbarung habe ich natürlich nicht im geringsten geahnt. Es erfüllt mich aber mit großer Genugtuung, dass der Konsens zum Selbstläufer wurde und bis heute seine Bedeutung behalten hat. Niemand hat in Beutelsbach, wie *Ahlheim* unterstellt, die ‚weiße Flagge gehisst‘, aber alle haben eingesehen, dass es für die politische Bildung im öffentlichen Auftrag

einen Minimalkonsens geben müsse. Und das ist uneingeschränkt auch heute noch der Fall. Der Beutelsbacher Konsens ist ja inhaltlich gar keine Offenbarung, da stimme ich *Ahlheim* zu, aber das Geheimnis des Erfolgs ist gerade, dass Selbstverständlichkeiten, die allerdings für eine erfolgreiche politische Bildung unabdingbar sind, kurz und knapp zusammengefasst sind. Wie der Autor am Schluss seines Beitrags schließlich zur Behauptung kommt, dass sich die Didaktiker von der sozialen Gerechtigkeit verabschiedet hätten, bleibt sein Geheimnis, bis er entsprechende Belege vorlegt.

Johannes Schillo ist mit zwei Beiträgen vertreten. Im ersten geht es ihm um ‚Standortbestimmungen im Mainstream‘. Es ist zu begrüßen, dass er ‚Klärungsprozesse‘ anstrebt und dass es ihm nicht um ‚olle Kamellen‘ geht. Er beschreibt den Beutelsbacher Konsens als eine ‚Brücke‘ und als eine Förderung der ‚Streitkultur‘. Vielleicht verbeißt er sich zu sehr in die Position von Wolfgang Sander und seine Antrittsvorlesung vom Juni 2009 an der Universität Wien. Was ist daran zu kritisieren, wenn Sander als wichtiges Ziel politischen Lernens die Demokratie deklariert, die sich freilich die Lernenden selbständig und mündig aneignen? Es ist nicht hinzunehmen, wenn Sanders Position mit der politischen Indoktrination in der DDR gleichgesetzt wird. Ich sehe in meinem Bücherschrank die DDR-Unterrichtshilfen für den Geschichtsunterricht, schlage eine beliebige Seite auf und finde die Aufgabenstellung für Schüler: ‚Verfolgen Sie, wie der westdeutsche Imperialismus einen Überfall auf die DDR vorbereitete‘. Nein, das ist himmelweit entfernt von dem, was nicht nur ich für politische Bildung halte.

In seinem zweiten Beitrag geht es *Schillo* vor allem um Verfassungsschutz und Extremismusforschung. Es ist richtig, wenn er politische Bildung klar von der Arbeit des Verfassungsschutzes unterscheidet. Politische Bildung kann nur mit Vertrauen arbeiten, sonst kann sie keinen Erfolg haben. Es scheint mir aber übertrieben, von einer ‚heimlichen Symbiose‘ von politischer Bildung und Verfassungsschutz zu reden. Das müsste belegt werden. Auch bin ich skeptisch, wenn von einem ‚Extremismus der Mitte‘ geredet wird. Selbstverständlich gibt es Denk- und Verhaltensweisen in der ‚Mitte der Gesellschaft‘, die dem Extremismus Nahrung geben können, aber das rechtfertigt noch lange nicht eine solche These. Und es ist verwegen, den schrecklichen Anschlag in Norwegen vom Sommer 2011 einfach so in diesen Zusammenhang zu rücken.

Manfred Pappenberger beleuchtet die Schule als Zielpunkt der Bundeswehr. Aus meiner Wahrnehmung heraus überzeichnet er die Bemühungen der Bundeswehr um die Rekrutierung des Nachwuchses aus den Schulen, wenn auch seine Belege zu denken geben. Der Autor prüft, ob nicht der Beutelsbacher Konsens eine kontroverse Behandlung des Themas ‚Sicherheit, Frieden und Bundeswehr‘ erforderlich mache. Ich stimme ihm zu, wenn er das Kontroversitätsgebot auch bei dieser sensiblen Thematik gelten lassen will. Die Schulen und Schulverwaltungen tun gut daran, hier nicht kleinlich bürokratisch zu entscheiden, sondern im Vertrauen auf die Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler die nötige Offenheit gewährleisten.

Benno Hafener geht die viel diskutierte „Extremismusklausel“ in seinem Beitrag an. Ich sehe wie er, dass diese Klausel problematisch ist. Zwar

kann ich verstehen, dass es fatal wäre, wenn im Falle eines Falles tatsächlich Mittel entgegen dem gedachten Zweck eingesetzt würden, aber lieber einige Missbrauchsfälle als ein Vertrauen untergrabender Generalverdacht. Mit einem solchen Verdacht ist kaum eine vernünftige Bildungsarbeit möglich.

Paul Ciupke schließlich schreibt einen engagierten Artikel gegen den ‚Messbarkeitswahn‘ und die ‚Kompetenzerkundungssysteme‘. In der Tendenz stimme ich ihm zu. Das Wichtigste in der politischen Bildung, die Hinführung zum selbständigen Urteilen und Handeln, ist eben nicht messbar. Sonst landen wir bei einem belehrenden Unterricht mit abfragbarem Lernen, das die Bezeichnung ‚politische Bildung‘ nicht verdient.

Insgesamt hat mich das Buch, wie man sieht, herausgefordert. Es ist zu begrüßen, wenn engagiert Positionen vertreten werden, die das Nachdenken lohnen, auch wenn man sie nicht in allen Punkten teilen kann. Schade wäre nur, wenn unüberbrückbare Positionen wie in ‚alten Zeiten‘ neu aufgebaut würden.

Siegfried Schiele